

Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit

Motivationen - Rahmenbedingungen - Erwartungen

- Neue Bundesländer (einschließlich Berlin-Ost) -

2006

- ausgewählte Ergebnisse -

Berlin - Oktober 2006

Vorbemerkungen

Im Vorfeld der Bundesdelegiertenkonferenz der Volkssolidarität 2006 wurde vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) eine Studie erarbeitet, die sich mit speziellen Problemen der Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden (SWV)¹ in den neuen Bundesländern beschäftigt. Im Nachfolgenden werden ausgewählte Hauptergebnisse vorgestellt.

Die Analyse knüpft an die in den vergangenen Jahren vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. erarbeiteten jährlichen Analysen zu Lebenslagen in den neuen Bundesländern (Sozial- und Seniorenreporte) sowie zu spezifischen Problemen der Verbandsarbeit an bzw. setzt diese fort.²

Die Studie wurde komplettiert durch eine im Sommer 2006 realisierte Untersuchung zu spezifischen Problemen der Verbandsarbeit der Volkssolidarität (in ausgewählten Gliederungen Sachsen-Anhalts und Thüringens). Die Ergebnisse letztgenannter Studie wurden - soweit sinnvoll - in die vorliegende Darstellung übernommen und entsprechend gekennzeichnet.

Die Untersuchungen bestätigen vorhandene Positionen im Verband und untersetzen eine Vielzahl von bisher nicht belegten Annahmen und Vermutungen.

Das Material ist als Anregung für weitere Überlegungen zur Profilierung der Verbandsarbeit auf den einzelnen Ebenen - beginnend bei der gezielten Mitgliederwerbung in der Ortsgruppe bis zur Öffentlichkeitsarbeit des Gesamtverbandes - gedacht.

1 Mitgliedschaften

Die Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen in den neuen Bundesländern insgesamt konzentrieren sich auf rd. zwei Drittel aller ab 18-jährigen Bürger, bei hohem Anteil von Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften.

Charakteristisch ist der altersabhängige strukturelle Wandel in den Mitgliedschaften ab 70. Lebensjahr mit deutlichem Rückgang in "freizeitorientierten" Vereinen und Zunahme der Mitgliedschaften in Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften.

1 Im folgenden Text häufig mit SWV abgekürzt.

2 Untersuchungen:

1996 Mitgliederbefragung 1996 - Veröffentlichung

1999 Mitgliederpotenzial - Studie

2001 Ehrenamt in der Volkssolidarität - Ehrenamtskonferenz

Tabelle 1.1: Mitgliedschaften - neue Bundesländer - 2006
- in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erw.status	
		Männer	Frauen	unt. 40 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.dar.	erw.-tätig	arb.-los
insgesamt	64	66	63	60	57	71	75	67	63	54
dar. in:										
Vereinen*	42	48	38	46	39	43	48	26	44	35
Sportverein	21	25	17	30	19	20	15	3	26	20
Kleingartenverein	14	14	14	9	14	19	22	10	11	18
andere Vereine	16	20	12	20	14	11	17	13	14	12
SWV	17	15	19	10	15	23	26	29	13	8
Gewerkschaften	16	20	11	10	20	24	15	13	19	16
Parteien	4	4	3	4	4	4	4	3	4	2
Religionsgemeinschaften	18	13	21	13	14	18	24	33	13	13

* außer Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften

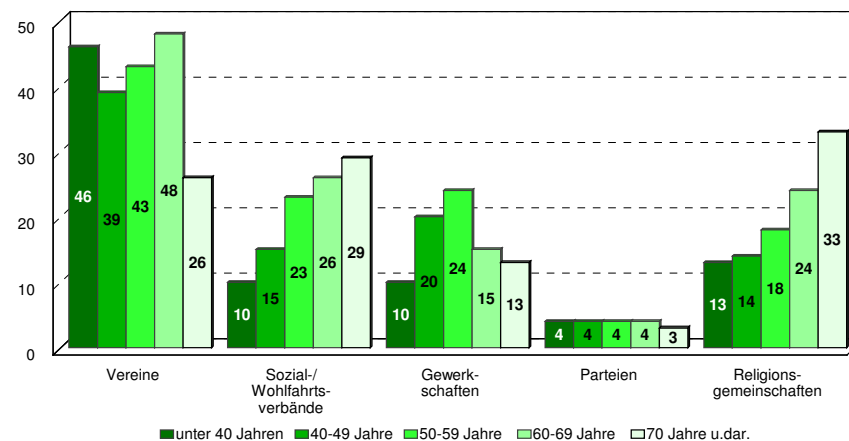
Datenbasis: sfz/leben 2006

17 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr sind Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes. Von ihnen ist rd. ein Viertel (25 Prozent) Mitglied in mehreren Verbänden/Vereinen. Die Mitgliedschaft reflektiert die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höherem Anteil der Verbände, die vor allem Dienstleistungsstrukturen entwickeln bzw. eine breite Mitgliederarbeit aufweisen.

Frauen dominieren in der Mitgliedschaft von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden entsprechend ihrem höheren Anteil an den älteren Jahrgängen.

Über 40 Prozent aller Bürger ab 18. Lebensjahr sind - unabhängig von Mitgliedschaften in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Parteien und Gewerkschaften - in Vereinen, die sich vor allem auf Freizeitaktivitäten konzentrieren, Mitglied bzw. aktiv. Das betrifft in besonderem Maße Sport- und Kleingartenvereine. Für Sportvereine ist die nach wie vor charakteristische Altersstruktur (hoher Anteil unter 40-Jähriger, deutlich abnehmender ab 70. Lebensjahr) gegeben. Kleingartenvereine konzentrieren sich auf 50- bis 70-Jährige.

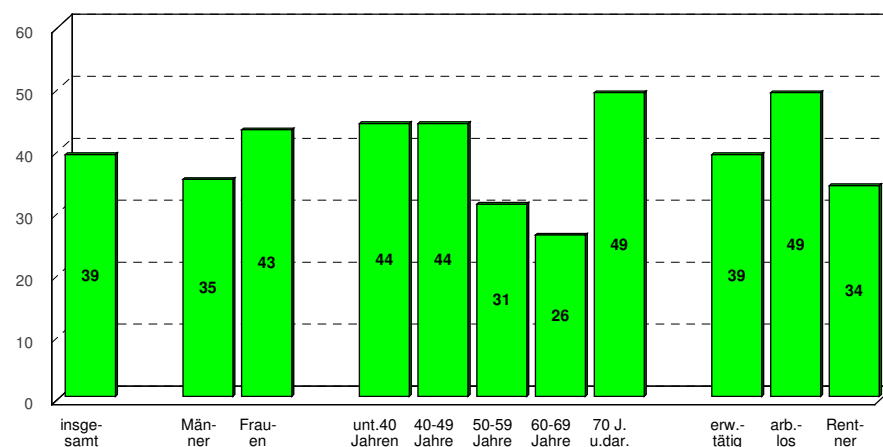
Abbildung 1.1: Mitgliedschaften nach Alter - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

Der unterschiedliche Anteil von Mitgliedschaften bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen verweist auf den Einfluss von finanziellen Belastungen in der Vereinstätigkeit. So wird z.B. im organisierten Sport im Rahmen eines Vereins in zunehmendem Maße eine finanzielle (soziale) Auswahl getroffen. Das hat Konsequenzen bei steigender Armutsquote.

Abbildung 1.2: Ich bin in keinem Verein Mitglied - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



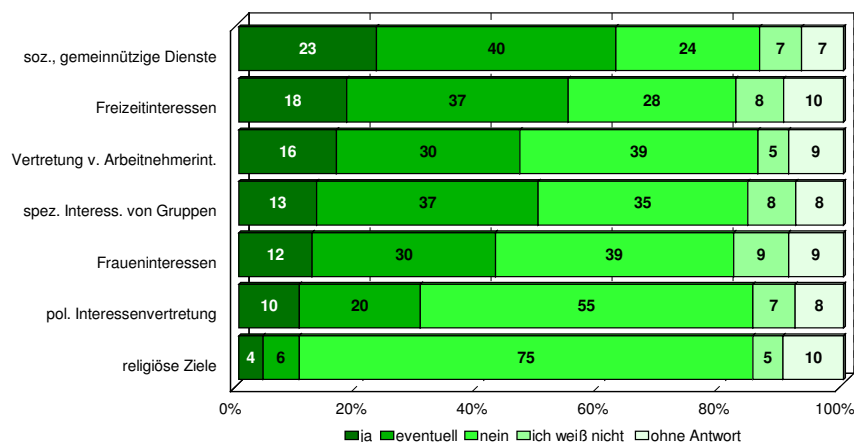
Datenbasis: sfz/leben 2006

2 Potenziale

Insgesamt sind 78 Prozent der Befragten aller Altersgruppen bereit, sich in unterschiedlichsten Bereichen aktiv (als Mitglied) einzubringen. Dabei nehmen die soziale, gemeinnützige Tätigkeit sowie Engagements in Freizeitorganisationen die vorderen Ränge ein.

Politische Interessenvertretung sowie die Vertretung von Arbeitnehmer- und Freizeitinteressen sind eher männerdominiert.

Abbildung 2.1: Wären Sie bereit, in einer Organisation mitzuarbeiten, die sich die folgenden Aufgaben stellt? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -

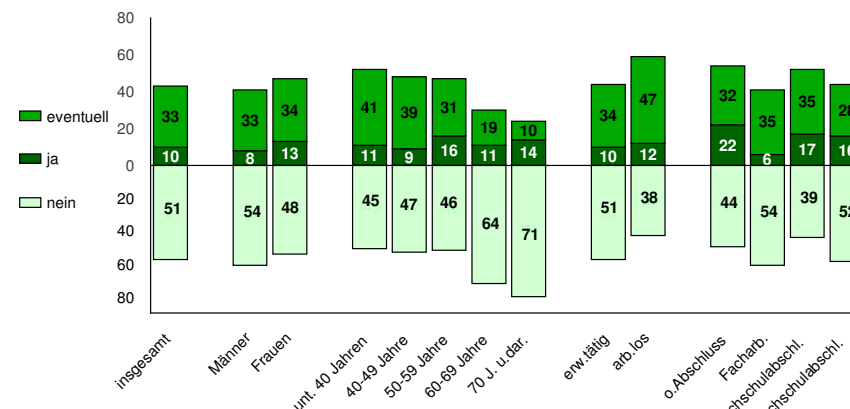


Datenbasis: sfz/leben 2006

Auch für die Sozial- und Wohlfahrtsverbände ergibt sich ein keineswegs unbedeutendes Potenzial. Bezogen auf die befragten Altersgruppen ab 18. Lebensjahr in den neuen Bundesländern ergibt sich, dass rd. 1.000.000 Bürger bereit wären, Mitglied eines Sozial- oder Wohlfahrtsverbandes zu werden. Fünf bis sechs Millionen Bürger lehnen eine Mitgliedschaft generell ab.

Die Bereitschaft nimmt insgesamt mit dem Alter (ab 50. Lebensjahr) deutlich zu, was zum Teil der traditionellen "Schere im Kopf" geschuldet ist, dass Sozialarbeit Alten- und Behindertenarbeit sei. Dem entspricht auch die höhere Bereitschaft von Frauen für Mitgliedschaften. 14 Prozent der unter 60-Jährigen erwägen erst nach Beendigung der Erwerbstätigkeit eine Mitgliedschaft.

Abbildung 2.2: Wenn Sie nicht bereits Mitglied sind, könnten Sie sich vorstellen, einem Sozial-/Wohlfahrtsverband beizutreten? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent* -

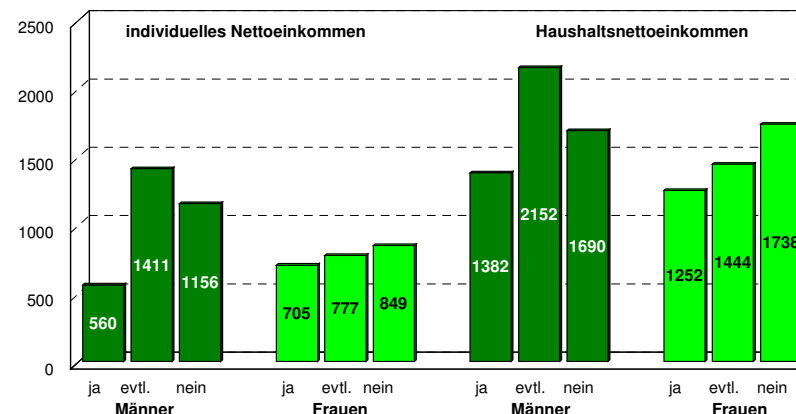


* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2006

Vorhandene Potenziale für Mitgliedschaften in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden konzentrieren sich besonders auf allein lebende Frauen und Männer (jeweils 49 Prozent) sowie auf untere Einkommensgruppen. Bewohner von kleinen Gemeinden und Großstädten sind am wenigsten bereit, sich einer Mitgliedschaft zu öffnen (2 Prozent in Gemeinden unter 1.000 Einwohnern).

Abbildung 2.3: Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsverbände nach Durchschnittseinkommen - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent - (nur Nichtmitglieder von SWV)



Datenbasis: sfz/leben 2006

3 Kompetenzen

Ingesamt sind die für die neuen Bundesländer charakteristischen Sozial- und Wohlfahrtsverbände bei rd. 90 bis 100 Prozent der Bürger bekannt. Das gilt in besonderem Maße für DRK, Diakonie, Caritas, ASB, AWO und Volkssolidarität. Jüngere Befragte kennen die "Wohlfahrtsstrukturen" aber weniger.

Bezogen auf die Volkssolidarität ist hervorzuheben, dass bereits rd. ein Viertel der unter 25-Jährigen die Aussage trifft: "Ist mir nicht bekannt". Aber auch 9 Prozent der 25- bis 40-Jährigen kennen die Volkssolidarität nicht (das gilt auch für 40 Prozent der nach 1990 in die neuen Bundesländer über-/umgesiedelten Bundesbürger aus Westdeutschland).

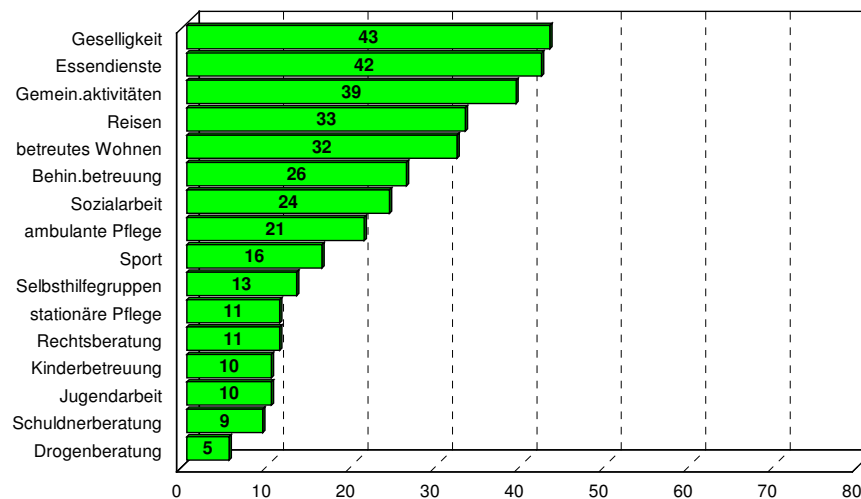
Die Zuweisung von Kompetenzen in wesentlichen Bereichen der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit der einzelnen Verbände belegt, dass

- einerseits ein keineswegs unbedeutender Anteil von Bürgern sich zu wertenden Aussagen nicht in der Lage fühlt,
- wie andererseits den einzelnen Verbänden "Marktführerschaften" zugeordnet werden, die neben den vorhandenen Realitäten insgesamt auch das Bild des jeweiligen "Umfeldes" bzw. der Öffentlichkeitswirksamkeit reflektieren (z.T. auch traditionelle Denkstrukturen wie z.B. bei Essendiensten).

Entsprechend der Mitglieder- und überwiegenden Dienstleistungsstruktur reflektiert das Image der Volkssolidarität die anerkannte Arbeit insbesondere mit "älteren Bürgern" - Seniorenbetreuung in unterschiedlichsten Formen von Geselligkeit, Reisen bis zur gesundheitlichen Betreuung und Pflege, sowie Interessenvertretung. Andere "Bilder" über die Volkssolidarität - z.B. ihre Arbeit im Kinderbereich - sind dem deutlich nachgeordnet. Das betrifft auch die Interessenvertretung spezifischer - die Mitgliedergewinnung bestimmender - sozialer Gruppen.

Das Image der Volkssolidarität spiegelt weniger die Altersstruktur des Mitgliederverbandes als dessen gegenwärtige bekannten Angebote und Aktivitäten wider. Veränderungen sind nur über sich wandelnde Angebote an künftige Mitglieder zu erreichen und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die durch Vermittlung von Angeboten und Darstellung erreichter Ergebnisse "jüngere" Menschen an der Arbeit der Volkssolidarität interessiert.

Abbildung 3.1: Welche Tätigkeiten und Leistungen verbinden sich für Sie mit der Volkssolidarität? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -

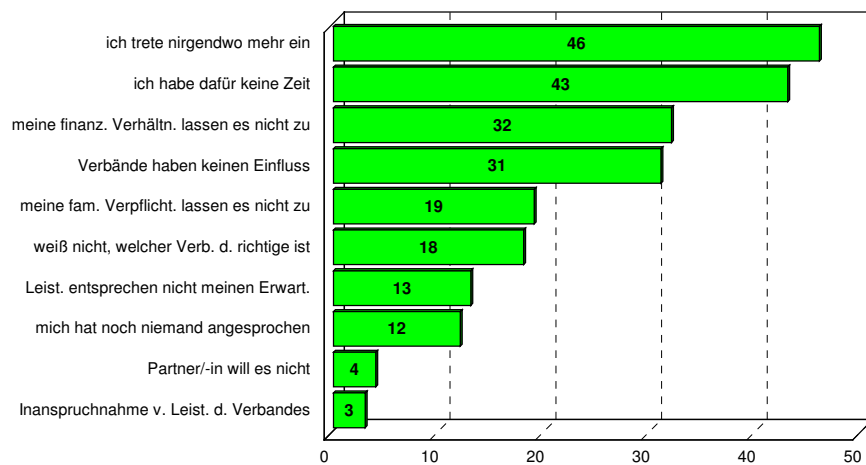


Datenbasis: sfz/leben 2006

Die getroffenen Aussagen belegen, dass vor allem Ältere und weniger "Jüngere" wie z.B. Arbeitslose, Vorrentner, Obdachlose und Menschen mit Behinderungen als "Klientel" der Volkssolidarität wahrgenommen werden. So sehen z.B. nur 12 Prozent der Arbeitslosen in der Volkssolidarität einen ihre Interessen vertretenden Verband.

Generelle Ablehnungen einer Mitgliedschaft in SWV sind vor allem verbunden mit einer zeitlichen Belastung bei unter 40-Jährigen (71 Prozent) sowie prinzipiell ablehnender Haltung zum Beitritt in Organisationen. Das gilt in besonderem Maße für die 50- bis 70-Jährigen. Nicht zu übersehen ist aber auch die finanzielle Belastung als Motiv - insbesondere für die Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen sowie Arbeitslose (52 Prozent). Zweifel in der Wirksamkeit der SWV erleben vor allem unter 60-Jährige (Erwerbstätige/Arbeitslose). Nicht angesprochen worden zu sein konzentriert sich auf die 50- bis 60-Jährigen. Nur 4 Prozent derer, die "nirgendwo" mehr eintreten, waren vor 1990 bereits einmal Mitglied eines SWV.

Abbildung 3.2: Wenn Sie nicht Mitglied eines SWV werden wollen, warum nicht? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent (nur Befragte, die Mitgliedschaft ablehnen) (Mehrfachantworten möglich)

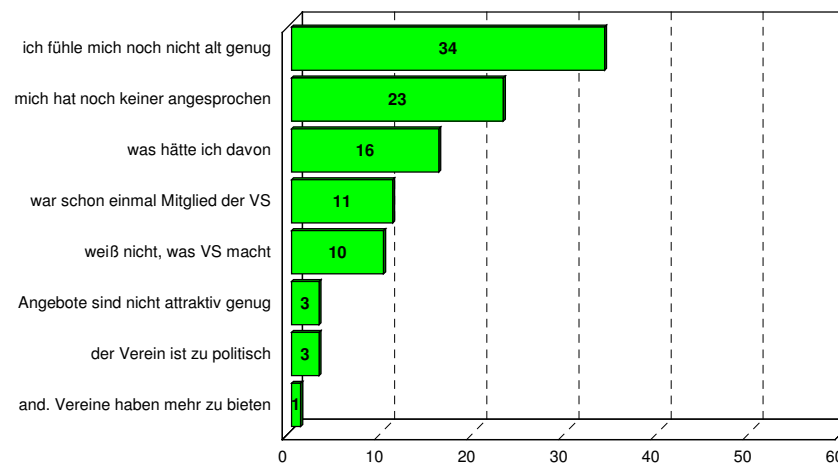


Datenbasis: sfz/leben 2006

Befragte, welche die Bereitschaft äußern, einem Sozial-/Wohlfahrtsverband beizutreten ("ja", "eventuell") sind zu knapp 80 Prozent auch bereit, Mitglied der Volkssolidarität zu werden. 17 Prozent der Interessierten an Mitgliedschaft in einem Sozialverband lehnen es ab, der Volkssolidarität beizutreten. Teilweise vorhandene Vorbehalte gegen eine Mitgliedschaft in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband verstärken sich gegenüber der Volkssolidarität, wie andererseits ein Teil der Befragten auf die allgemeine Frage nach Mitgliedschaft in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband sich ablehnend verhält.

Spezielles Motiv gegen eine Mitgliedschaft in der Volkssolidarität ist insbesondere das "Alten-Image" des Verbandes. Neben dem Argument "mich hat noch keiner angesprochen", spielen auch Nutzenserwägungen eine zunehmende Rolle. Nicht zu übersehen ist, dass insbesondere Ältere, die nicht Mitglied werden wollen, mit fast einem Viertel bereits Mitglied der Volkssolidarität waren.

Abbildung 3.3 Was hindert Sie daran, Mitglied der Volkssolidarität zu werden? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



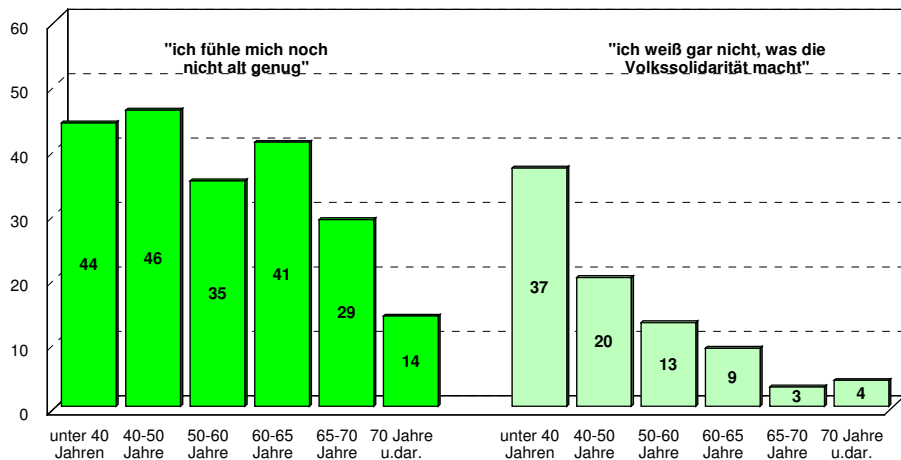
Datenbasis: sfz/vs-06

Das "Altern-Image" der Volkssolidarität hat sich ganz offensichtlich mit der gestiegenen Lebenserwartung auch ins höhere Alter verschoben. 41 Prozent der 60- bis 64-Jährigen und 29 Prozent der 65- bis 70-Jährigen erklären inzwischen, für die Volkssolidarität "noch nicht alt genug" zu sein. Die Vergleichsdaten aus dem Jahre 1999 lagen bei "nur" 23 Prozent (60 bis 65 Jahre) und 7 Prozent der über 65-Jährigen.

"Bin noch nicht alt genug" reflektiert aus der Sicht des Einzelnen den Zusammenhang zu den ihm bekannten Angeboten. Die Veränderung der Interessen- und Bedürfnisstrukturen hat sich rascher vollzogen als in vielen Fällen die erforderlichen Veränderungen in den Angebotsstrukturen auf den einzelnen Organisationsebenen. Man fühlt sich noch nicht alt genug für die einem bekannten Angebote und findet zugleich nicht die den eigenen Vorstellungen entsprechenden.

Hervorzuheben ist auch, dass das Argument "ich weiß gar nicht, was die Volkssolidarität macht" von einem relativ hohen Anteil unter 50-Jähriger vorgebracht wird (37 Prozent der unter 40-Jährigen). "Was habe ich davon" wird vorrangig zwischen 40. und 50. Lebensjahr geäußert.

Abbildung 3.4: Motive für Ablehnung der VS-Mitgliedschaft nach Altersgruppen - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



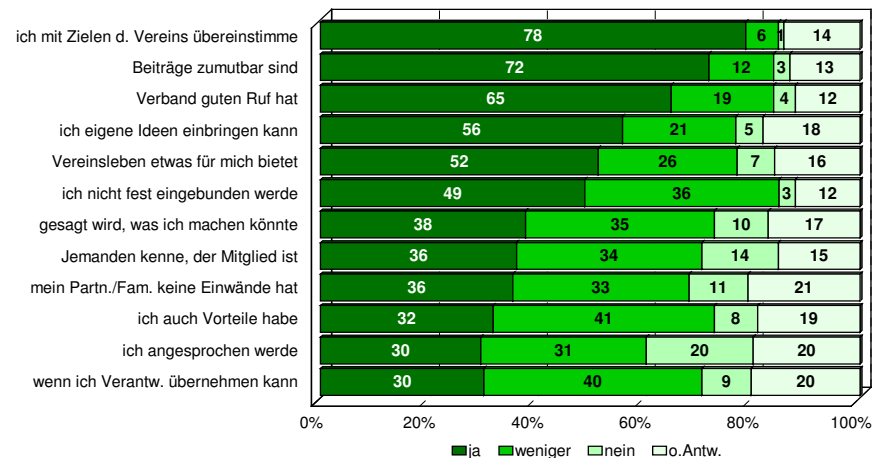
Datenbasis: sfz/vs-06

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes - vor allem auf Kreis-, Stadt- und regionaler Ebene - hat insgesamt für die Mitgliederwerbung einen steigenden Stellenwert. Eine gezielte Darstellung der Ergebnisse, aber auch künftiger Vorhaben ist für die weitere Arbeit des Verbandes substantieller als noch vor Jahren. Werbung und Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen, Orts- und Interessengruppen eingeschlossen - werden zunehmenden - auch finanziellen - Aufwand erfordern.

4 Erwartungen an Mitgliedschaften

Die Bedingungen/Erwartungen an eine Mitgliedschaft werden insbesondere an die Ziele und Beitragshöhe des jeweiligen Verbandes gebunden. "Jüngere" erwarten in deutlich höherem Maße Vorteile und weniger ein Eingebundensein in ein Vereinsleben. Die Zumutbarkeit der Beiträge hat mit zunehmendem Alter geringeres Gewicht gegenüber den erwünschten Effekten, die aus gemeinschaftlichen Aktivitäten und sozialem Zusammensein - verstanden als "Geselligkeit" - resultieren.

Abbildung 4.1: Mitgliedschaft wird gebunden an ... - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent - (nur Befragte mit Zustimmung zu einer Mitgliedschaft - "ja"/"eventuell")



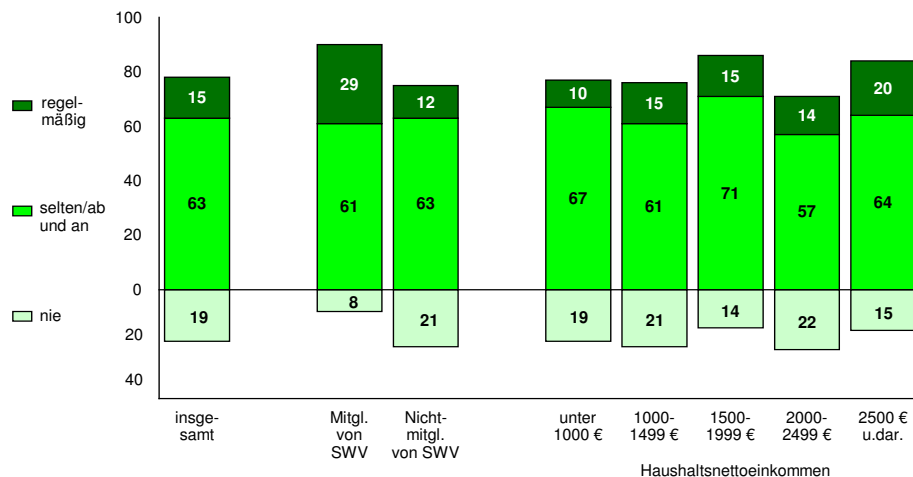
Datenbasis: sfz/leben 2006

Insgesamt erweist sich, dass "Mitglied zu sein, ohne etwas zu leisten" für die Mehrheit (noch) keine Denkstruktur ist. Gegenwärtig kommt jedoch schon für 28 Prozent der Bürger eine Mitgliedschaft, die sich ausschließlich auf Zahlung von Beiträgen begrenzt, durchaus in Frage. Rd. 70 Prozent lehnen dies prinzipiell ab. Beitrag wird (noch) nicht als "Leistung" des Einzelnen verstanden. "Höher"qualifizierte stimmen "Solidarmitgliedschaften" am ehesten zu. Einkommensfragen spielen dabei kaum eine Rolle. Männer stimmen eher Solidarmitgliedschaften zu.

Unabhängig vom Stellenwert der Zumutbarkeit des Beitrages für Sozial- und Wohlfahrtsverbände gibt es eine hohe Bereitschaft und Realität der finanziellen Unterstützung der Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände - auch durch Spenden.

Nur rd. 20 Prozent geben "nie", fast zwei Drittel "ab und an" bzw. "selten" (63 Prozent), 15 Prozent spenden regelmäßig. Unter 40-Jährige geben am meisten an, "nie" zu spenden. Nicht zu spenden ist keine vorrangig an das Einkommen gebundene Größe.

Abbildung 4.2: Es finden ständig Spendensammlungen auch für soziale und karitative Zwecke statt. Geben Sie ...? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

Die Interessenstrukturen liefern generelle Ansatzpunkte für mögliche Schwerpunkte bei der Gewinnung von Mitgliedern und die Bildung von Interessengruppen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei den Interessenstrukturen zu unterscheiden ist zwischen

- Interessen, die sowohl vom Einzelnen als auch in Gruppen realisiert werden können (Sport, Tanzen, Wandern, Reisen, Musizieren/Singen);
- Interessen, die an vorhandene Hobbys gebunden sind (Fotografieren, Basteln);
- Interessen an Bildung/Weiterbildung/Information (Sprachen, Geschichte, Gesundheitsfragen);
- Interessen, die an materielle Vorbedingungen beim Einzelnen gebunden sind (Garten, Tiere).

Die Erwartungen, die mit einem Beitritt verbunden sind, konzentrieren sich vor allem auf Sozial-/Rechtsberatung sowie Geselligkeit. Dabei wird deutlich, dass insbesondere Frauen Interesse an einem Mitgliederverband mit einem breiten Angebot an sozialer Kommunikation, Geselligkeit und Angeboten für "Fitness" bekunden. Das gilt im besonderen Maße auch für arbeitslose Bürger.

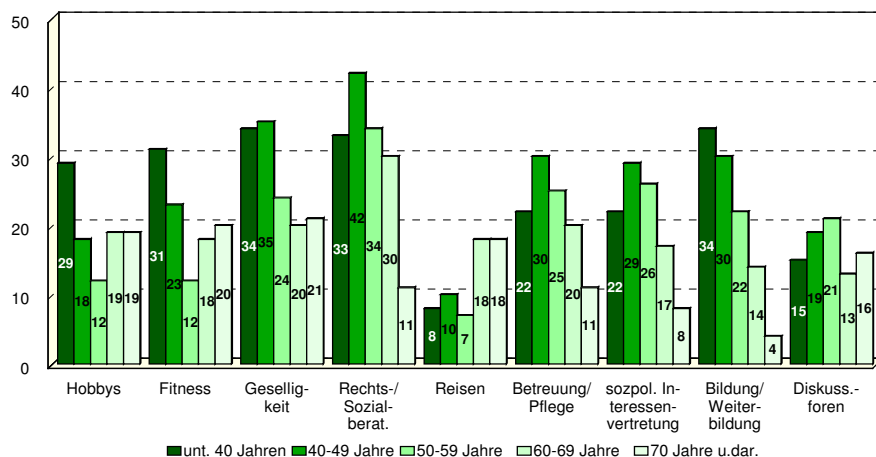
Vor allem altersabhängige Differenzierungen sind hervorzuheben: unter 40 Jahren: Hobbys, Fitness, Bildung/Weiterbildung, aber auch Geselligkeit(!), sozialpolitische Interessenvertretung bei 40- bis 60-Jährigen, Reisen erst ab 60 Jahre, Betreuungs- und Pflegeangebote mit steigendem Lebensalter.

Tabelle 4.1: Wenn Sie einem Sozial-/Wohlfahrtsverband beitreten würden, was müsste er bieten? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent (nur Nichtmitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden) (nur Antwort: "auf jeden Fall")

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erw.status	
		Männer	Frauen	unt. 40 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u. dar.	erw.-tätig	arb.-los
Angebote für Rechts-/ Sozialberatung	33	30	35	33	42	34	30	11	32	48
Angebote für Geselligkeit/persönliche Kontakte	30	25	34	34	36	24	20	21	28	48
Möglichkeiten der Bildung/Weiterbildung	26	22	29	34	30	22	14	4	29	34
Angebote für Fitness und Bewegung (Wandern..)	24	18	29	31	23	12	18	20	22	35
Betreuungs- und Pflegeangebote	23	18	28	22	30	25	20	11	22	25
sozialpolitische Interessenvertretung	22	24	21	22	29	26	17	8	24	24
Angebote für Hobbys	22	18	25	29	18	12	19	19	20	26
Diskussionsforen	17	18	15	15	19	21	13	16	17	21
Reiseangebote	10	6	14	8	10	7	18	18	7	6

Datenbasis: sfz/leben 2006

Abbildung 4.3: Interessenstrukturen nach Altersgruppen
- neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



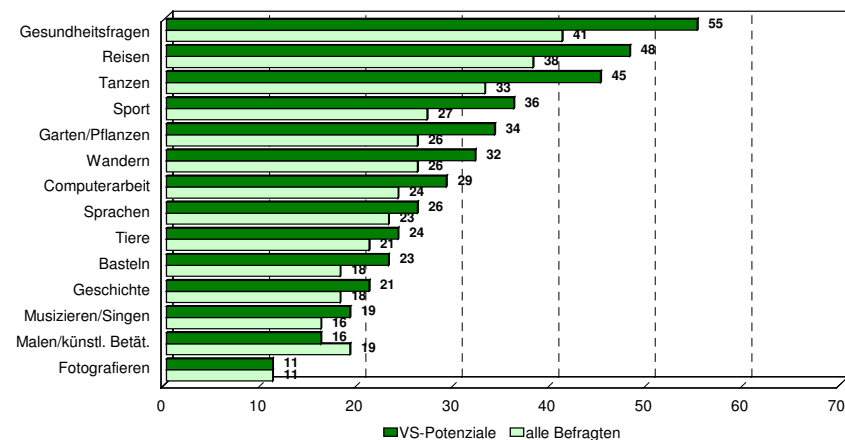
Datenbasis: sfz/leben2006

Auch spezielle Analysen in ausgewählten Kreisen der Landesverbände Sachsen-Anhalt und Thüringen ergaben, dass Befragte, die direkt Interesse an einer VS-Mitgliedschaft bekundeten, insbesondere in Gemeinschaft zu realisierende Interessen einen hohen Stellenwert haben (Reisen, Sport, Wandern, Tanzen). Computerarbeit ist in besonderem Maße an die Altersgruppen bis 60 Jahre gebunden (vgl. Abbildung 4.4).

Die Bereitschaft zur Mitwirkung in Interessengruppen der Volkssolidarität ist relativ hoch. 69 Prozent sprechen sich dafür aus (davon 42 Prozent eventuell). Nur knapp 30 Prozent lehnen das generell ab - insbesondere Männer sprechen sich mit 34 Prozent deutlicher gegen eine Arbeit in Interessengruppen aus. Neben der Dominanz weiblicher Interessenten ist auch eine unverkennbare Konzentration auf die Altersgruppen der 50- bis 70-Jährigen feststellbar, die sowohl der noch vorhandenen beruflichen Einbindung als auch dem Image der Volkssolidarität als "Altenverband" geschuldet sein kann.

Diese Aussage unterstützt die Auffassung, dass die Bildung von Interessengruppen eine wichtige Voraussetzung zur Gewinnung von Mitgliedern ist. Von denen, die in einer Interessengruppe mitwirken würden, ist rd. ein Drittel bereit, in einer solchen auch Verantwortung zu übernehmen.

Abbildung 4.4: Interessenstrukturen - ausgewählte Kreise Sachsen-Anhalt/Thüringen - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/vs-06

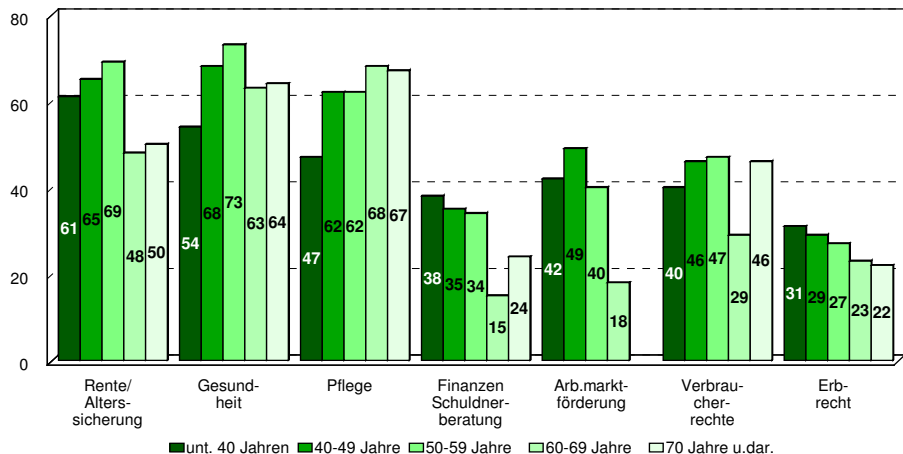
Die Untersuchungen stützen die Auffassung, dass ein breites Angebot erwartet wird - insbesondere im Vorrenten- und Renteneintrittsalter - um einen sinnvollen Übergang aus dem Erwerbsleben zu vollziehen.

Insgesamt macht die Befragung deutlich, dass zugleich ein bedeutender Beratungsbedarf vorhanden ist. Von den Befragten geben 84 Prozent an, in einzelnen Bereichen sicher bzw. wahrscheinlich Bedarf an Beratung haben zu werden. Der hohe Stellenwert, den Rechtsberatung vor allem in den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren hat, ist insbesondere mit der Arbeitsmarktsituation sowie dem Renteneintritt verbunden. Aufgrund der allgemein zunehmenden Rechtsverunsicherung und -unkenntnis bietet sich für den Zeitraum der "Sozialreformen" hier ein notwendig auf Mitgliedergewinnung orientiertes Feld.

Die Nachfrage nach Beratung ist bei den Leistungen der sozialen Versicherungssysteme am höchsten (Gesundheit: 62 Prozent, Pflege: 58 Prozent, Rente: 60 Prozent, Arbeitsmarktförderung: 44 Prozent der unter 50-Jährigen) und hebt sich deutlich im Vergleich zu anderen Bereichen (Finanzen: 31 Prozent, Erbrecht: 28 Prozent, Verbraucherrecht: 41 %) ab.

Der Beratungsbedarf zeigt deutliche Altersabhängigkeit. Das betrifft den überdurchschnittlichen Bedarf unter 40- bis 60-Jähriger bei Rente, Arbeitsmarkt, Finanzen-Schuldnerberatung sowie bei Älteren im Gesundheits- und Pflegebereich. Erb- und Verbraucherrechte sind weitgehend altersunabhängige Erwartungen.

Abbildung 4.5: Zunehmend mehr Bürger benötigen Beratung in vielen Bereichen des täglichen sozialen Lebens. In welchen Bereichen sehen Sie für sich Beratungsbedarf? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent (nur Antwort: "ja"/"wahrscheinlich") (Mehrfachantworten möglich)



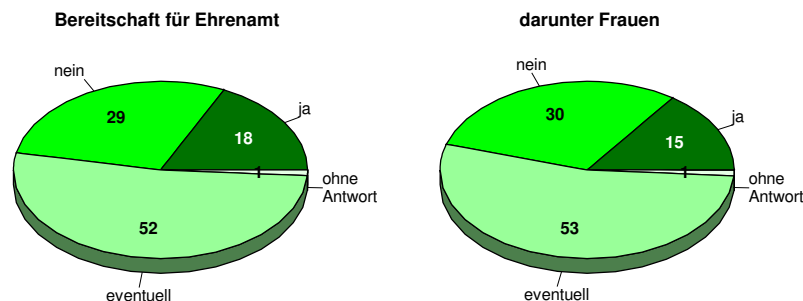
Datenbasis: sfz/leben 2006

5 Bereitschaft für Ehrenamt

Insgesamt erklären 18 Prozent der Befragten, die potenziell Mitglied werden könnten, sich auch bereit, eine ehrenamtliche Funktion zu übernehmen. Das reale Potenzial (unter Einschluss derer, die sich "eventuell" zur Übernahme bekunden) ist bei rd. 20 bis 25 Prozent derer anzusetzen, die Mitglied eines Sozial-/ Wohlfahrtsverbandes werden würden (vgl. Abbildung 5.1).

Hauptmotive für Übernahme eines Ehrenamtes sind die gegenseitige Hilfe und Unterstützung sowie das soziale Eingebundensein. Anerkennung und Ablenkung von den individuellen Problemen stellen keine nennenswerten Motivationen dar. Bei Noch-nicht-Rentnern ist die damit verbundene Suche nach einem Arbeitsplatz zum Teil von deutlichem Gewicht.

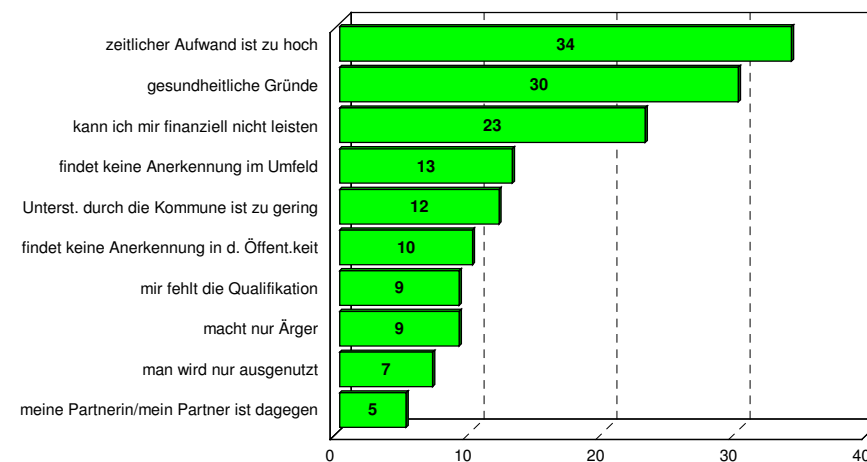
Abbildung 5.1: Können Sie sich vorstellen, eine ehrenamtliche Funktion im Rahmen eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes zu übernehmen? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

Für ablehnende Haltungen zum Ehrenamt steht der zeitliche Aufwand - insbesondere bei Frauen und unter 50-Jährigen sowie Erwerbstätigen an erster Stelle. Gesundheitliche Gründe werden vor allem von über 60-Jährigen angegeben. Finanzielle Aufwendungen als Motiv für Ablehnung geben eher "Jüngere" und Frauen an.

Abbildung 5.2: Können Sie sich vorstellen, eine ehrenamtliche Funktion im Rahmen eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes zu übernehmen? Wenn nein, warum nicht? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent - (nur Befragte mit Ablehnung)



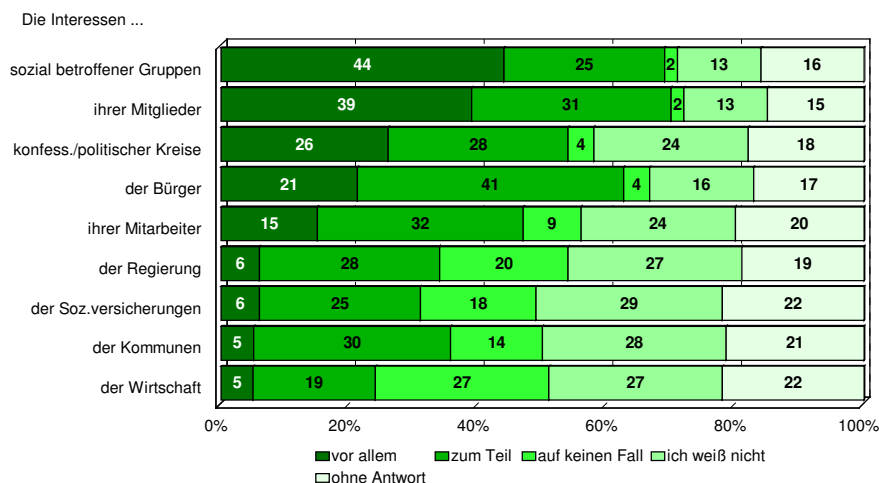
Datenbasis: sfz/vs-06

6 Wirksamkeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

Den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden wird eine interessen geleitete Arbeit vor allem in Bezug auf sozial betroffene Gruppen (44 Prozent) sowie die Interessenvertretung ihrer eigenen Mitglieder (39 Prozent) zuerkannt. Dabei vorhandene Abhängigkeiten der Sozial- und Wohlfahrtsverbände von "konfessionellen/politischen Trägern" werden von einem Viertel der Befragten gesehen.

Dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände vor allem die Interessen der Regierung, der Wirtschaft, der Sozialversicherungen bzw. der Kommunen vertreten, wird nur von wenigen Befragten angenommen (5 bis 6 Prozent "vor allem"/20 bis 30 Prozent "zum Teil"). Rd. ein Drittel bis zur Hälfte aller Bürger treffen dazu überhaupt keine Aussagen (jeweils 30 bis 50 Prozent geben keine Antwort bzw. stellen fest: "ich weiß nicht").

Abbildung 6.1: Ausgehend von Ihren Erfahrungen, wessen Interessen vertreten Ihrer Meinung nach Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -

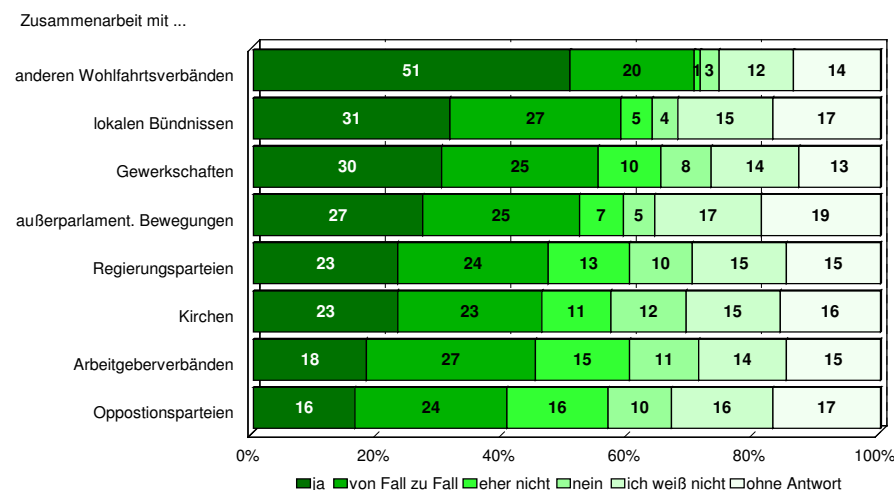


Datenbasis: sfz/leben 2006

Die Zusammenarbeit der einzelnen Verbände mit anderen politischen Kräften wird vor allem in Bezug auf das Zusammenwirken der Sozial- und Wohlfahrtsverbände gefordert (vor allem von "Jüngeren").

Für Sozial- und Wohlfahrtsverbände werden lokale Bündnisse und Gewerkschaften in höherem Maße als Partner gesehen als außerparlamentarische Bewegungen sowie Parteien (unabhängig von ihrer Stellung im System als Regierung oder Opposition). Arbeitslose unterstützen eher eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

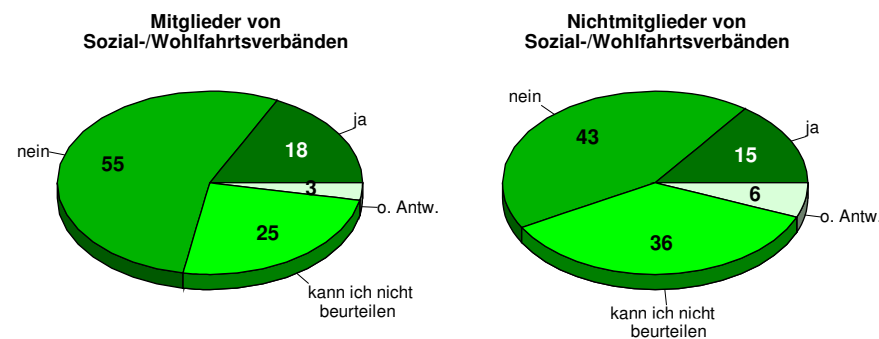
Abbildung 6.2: Mit welchen der nachfolgend genannten politischen Kräfte sollten Ihrer Meinung nach Sozial- und Wohlfahrtsverbände zusammenarbeiten? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

Der Anteil der Befragten, die eine Konkurrenz (Wettbewerb) zwischen den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden für notwendig erachten, ist relativ gering (15 Prozent), fast die Hälfte lehnt sie ab bzw. stellt fest, es nicht beurteilen zu können.

Abbildung 6.3: Halten Sie eine Konkurrenz zwischen den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden für notwendig? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



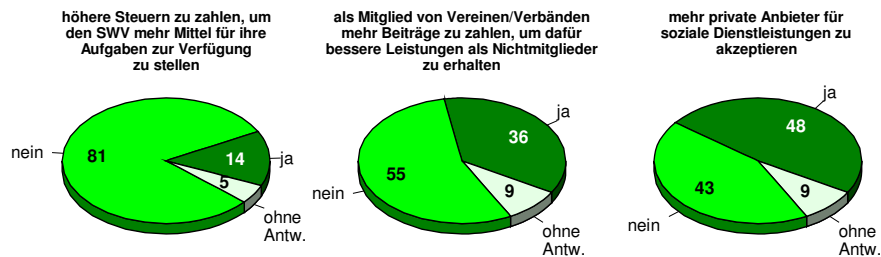
Datenbasis: sfz/leben 2006

Die Bereitschaft, die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände durch erhöhte Steuern wirksam zu finanzieren, lehnen 80 Prozent der Befragten ab (13 Prozent "ja") - Frauen eher als Männer.

Die Arbeit durch erhöhte Beiträge zu unterstützen, wird von rd. einem Drittel der Befragten positiv beantwortet (55 Prozent "nein") - Mitglieder der Volkssolidarität sprechen sich zu 15 Prozent für und zu 78 Prozent gegen steigende Beiträge aus.

Nichtmitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden eher für wachsende Anteile privater Anbieter bei sozialen Dienstleistungen aus.

Abbildung 6.4: Wären Sie bereit ...? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent (nur Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden)

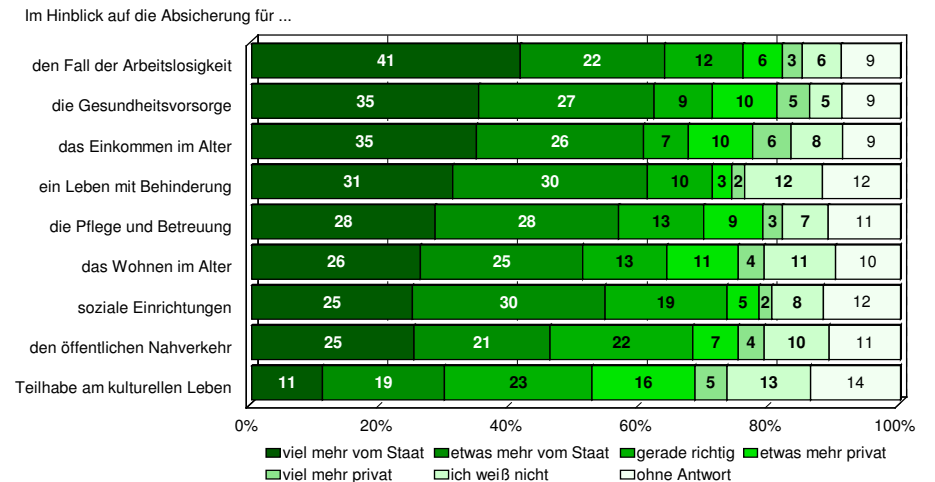


Datenbasis: sfz/leben 2006

Insgesamt sind die Vorstellungen von einer durch den Staat zu gewährenden sozialen Sicherheit aufgrund erlebter Erfahrungen vor und nach 1990 nach wie vor in der Bevölkerung verwurzelt. Dabei herrscht keine "Vollkaskomentalität", sondern die Notwendigkeit privater Vorsorge wird - zunehmend von Jüngeren und soweit die Möglichkeiten dafür gegeben werden - anerkannt. Bei Frauen sind Erwartungen an den Staat größer als bei Männern, bei Arbeitslosen höher als bei Erwerbstätigen.

Vor allem über 70-Jährige treten mehrheitlich für "mehr Staat" ein, Jüngere tendieren bereits eher zu "privater" Vorsorge.

Abbildung 6.5: Zur Finanzierung der Sozialpolitik gehen die Meinungen auseinander. Sie reichen von mehr Staat bis zur völligen Privatisierung. Was meinen Sie? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

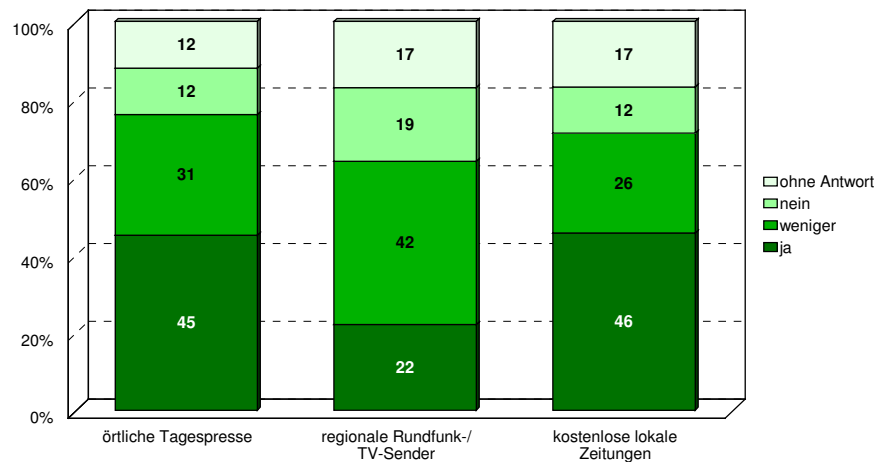
Generell ist auch festzustellen, dass vor allem im kulturellen, Gesundheits- und Wohnbereich auch "private" Verantwortung eingefordert wird. Deutlich heben sich dabei die Bereiche "Leben mit Behinderung" und "Arbeitslosigkeit" ab, die völlig zu Recht als wenig individuell verursacht und vorbeugend absehbar verstanden werden. Das gilt auch für die Nutzung sozialer Einrichtungen.

Jüngere treten inzwischen zu rd. einem Viertel bereits dafür ein, individuelle Verantwortung/private Vorsorge (analog bei Kultur und Wohnen) zu übernehmen. Einkommensabhängigkeiten sind zum Teil unverkennbar.

Die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände werden nach Auffassung der Befragten über die örtliche Presse bzw. kostenlose lokale Zeitungen verbreitet. Insbesondere ab 60-Jährige sehen in der örtlichen Tagespresse den wichtigsten Informanten.

Rundfunk und Fernsehen als "öffentliche" Träger vermitteln offensichtlich nicht in hinreichendem Maße gewünschte Informationen, die eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Jüngere weniger Abonnenten von Print-Medien sind und auch zum Teil geringeres Politikinteresse zeigen.

Abbildung 6.6: Wo finden Sie die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006

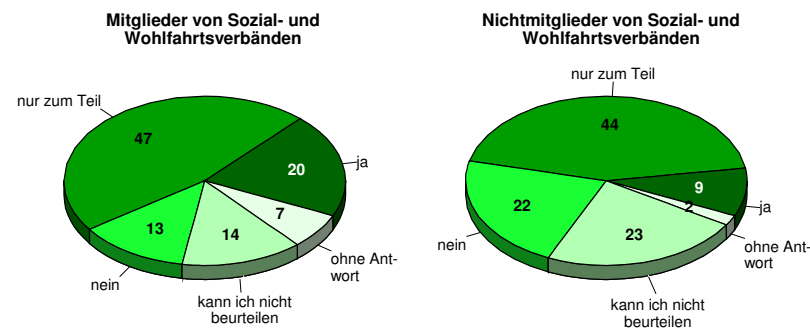
Die Aussagen der Bürger bestätigen, dass sich ein keinesfalls unbedeutender Teil der Bevölkerung nicht ausreichend informiert fühlt bzw. es nicht beurteilen kann. Insgesamt gehen nur 13 Prozent der Bürger von einer hinreichenden Darstellung der Leistungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände aus (für teilweise ausreichend erachten es 45 Prozent).

Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden geben eher das Urteil ab, dass die Leistungen der Arbeit der Verbände und Vereine entsprechend dargestellt werden, was möglicherweise auch auf eine bessere Wahrnehmung der verbreiteten Informationen zurückgeführt werden kann.

Die Hälfte aller Befragten fordert für Sozial- und Wohlfahrtsverbände mehr Mitspracherechte. Während "Jüngere" in geringerem Maße eine solche Notwendigkeit sehen, fordern "Ältere" mit über 50 Prozent deutlicher solche Rechte ein.

Dabei gibt es analoge Forderungen nach Mitbestimmungsrechten speziell in Fragen der Sozialpolitik.

Abbildung 6.7: Werden Ihrer Meinung nach die Arbeit/Leistungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Öffentlichkeit entsprechend dargestellt? - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/vs-06

Die Studie wurde erarbeitet vom

Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
Köpenicker Straße 125, 10179 Berlin

Ansprechpartner: Dr. Reinhard Liebscher

Tel.: 03028 30 55 60
Fax: 03028 30 55 61
E-Mail: reinhard.liebscher@sfz.de
www.sfz-ev.de